

POLIZEI REPORT

G 6825
ISSN 0937-535 X

Nr. 96 · März 2009



POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
der Bezirksgruppe Westhessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp-hessen.de



für den Großraum Wiesbaden - Rheingau - Taunus
Hochtaunus - Main-Taunus und Limburg-Weilburg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-
arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Stephan Buschhaus, Oliver Jochum

Redaktion/Redaktionsanschrift:

Dieter Kurth, Lothar Hölzgen, Peter Wittig
Gewerkschaft der Polizei, BZG Westhessen
Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-535 X)

Aus dem Inhalt

Von Not leidenden Banken und
der Wertigkeit der Polizei

Seite 5

Vertrauenskrisen

Seite 7

Was ist uns die Polizei wert?

Seite 11

2009 - das Jahr schlechter
Nachrichten

Seite 15

Polizeiaktionstag in Hannover
Hessen war dabei

Seite 17

Ein planbarer Einsatz

Seite 20

JHV Kreisgruppe Main Taunus

Seite 21

Seniorenfeier der GdP
Wiesbaden

Seite 23

Seniorenversammlung

Seite 24

Polizeibemate vor Gericht -
Eigensicherung

Seite 25

Seminare und Fortbildung

Seite 26

37 Jahre Personalrat und
40 Jahre GdP

Seite 27

Tagesseminar für Senioren

Seite 28

Aus dem Gerichtssaal

Seite 29

Bekanntmachungen

Seite 33

Gewerkschaft darf per E-Mail
werben

Seite 33

Doppelkopfturnier 2009

Seite 34

Von Not leidenden Banke(r)n und der Wertigkeit der Polizei

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



die Krise hat Deutschland erreicht-beginnend mit der Immobilienkatastrophe in den USA schwemmte die Welle auch zu uns, und nun stecken wir mitten drin in der Wirtschaftskrise.

Man hat von Seiten der Bundesregierung auch reagiert und ein gewaltiges Konjunkturpaket auf den Weg gebracht.

Wer ist aber Schuld und hat dies alles zu verantworten? Egal, interessiert nicht, man will es in der Zukunft durch Kontrolle verhindern.

Na dann sind wir aber mal gespannt. Banken und deren Manager haben sich über Jahre die Taschen voll gestopft und lachen sich heute ins Fäustchen.

Schutzschirm- kommt drauf an, wer drunter steht

Man spricht bei den Maßnahmen von dem so genannten Schutzschirm, den wir in Deutschland nun spannen müssen, um das wieder gut zu machen, was über viele Jahre unter öffentlicher Beobachtung und Duldung verzapft wurde.

Schutzschirm- hört sich doch gut an, oder? Klar doch, aber wenn man sich näher betrachtet, wer denn davon profitiert, stellt man schnell fest, wo die Prioritäten im Lande liegen.

Altes Auto verkaufen, Neues kaufen, vielleicht etwas Kfz-Steuer sparen. Ist das alles für die arbeitende Bevölkerung und den einfachen aber so gewichtigen Steuerzahler?

Ganz ruhig bleiben liebe Leute, es soll nicht der Eindruck entstehen, dass dieses Konjunkturpaket unsinnig ist. Nein, das sind natürlich positive Signale für die Wirtschaft, es

geht ja schlussendlich um unsere Arbeitsplätze.

Aber alles Geld, was jetzt auch den Banken zur Verfügung gestellt wird, also den Auslösern dieser Krise, sind Schulden, die natürlich auch zurück gezahlt werden müssen.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei sind wir dann auch wieder im Spiel.

Tarifverhandlungen kontra Konjunkturpaket

Was besteht denn hier für ein Zusammenhang, könnte man sich fragen.

Ganz einfach, derzeit laufen die Tarifverhandlungen in den Ländern.

Ich darf an dieser Stelle daran erinnern, dass die Inseln Hessen und Berlin nicht der TdL angehören und eigene Regelungen anstreben.

Auch nicht unerwähnt sollte die Erinnerung an die einmaligen Ereignisse in Hessen sein, bei der die Tarifautonomie durchbrochen wurde und per Gesetz Lohn- und Gehaltsanpassungen verordnet wurden.

Und während dieser nun laufenden Verhandlungen der anderen Länder bedient man sich des Konjunkturpaketes für die ablehnende Haltung zu Lohn- und Gehaltsverbesserungen im öffentlichen Dienst. Man hat ja den Schutzschirm so weit geöffnet, dass man die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht besser bezahlen kann. Die Gewerkschaften sollten sich in den Forderungen doch mäßigen.



Tolle Sache also, dieser Schutzschirm- es kommt halt nur drauf an, ob man darunter steht, oder neben dran!

Auch die GdP hat gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften ein eigenes Konjunkturpaket:

8 Prozent mehr, aber mindestens 200 Euro monatlich!

Zuviel? Denkt einfach daran, was in den letzten Jahren insbesondere in Hessen auf uns eingebrochen ist.

Und wir möchten uns auch daran beteiligen, dass der Wirtschaftsmotor wieder läuft. Der Kraftstoff, der dafür benötigt wird, ist aber das Geld.

Gebt es uns also, damit wir es wieder in den Markt investieren können, das ist die beste Medizin.

Ich setze auch auf die Einsicht der hessischen Arbeitgeberseite, die schon angekündigt hat, dass diese Forderungen so nicht akzeptiert werden können.

Die Verhandlungen laufen, wir dürfen wieder mal gespannt sein, was sich die neue Regierung für eine Lösung einfallen lässt, Verhandlungen mit den Gewerkschaften oder weiter nach Gutsherrenart Entscheidungen verordnen.

Neuordnung des Dienstrechts

Die rechtlichen Voraussetzungen sind geschaffen, die Föderalismusreform lässt grüßen. Auch in Hessen beginnen spätestens ab dem 1. April 2009 die Vorhaben zur Neuregelung von Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht.

Die Wahlprüfsterne der GdP am 7. Januar dieses Jahres haben wieder einmal gezeigt, was die Polizei der Politik wert ist. Unser Eindruck nach den Aussagen fast aller innenpolitischen Sprecher war nicht der Beste.

Zeit also, andere Wege zu gehen, um entsprechenden Druck aufzu-

bauen und unsere Forderungen einzubringen.

Die GdP hat noch am gleichen Tag der Wahlprüfsterne den Entschluss gefasst, den Vertretern von BdK und DPolG eine Kooperation anzubieten, um sich in der Sache der Dienstrechtsreform zusammen zu schließen. Dieses Angebot wurde von beiden Landesverbänden angenommen und wir haben bereits mehrere Zusammenkünfte der gegründeten AG Koop hinter uns.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen uns gewerkschaftlich in diesen wichtigen Grundsatzfragen nicht mehr voneinander entfernen, sondern müssen mit einem gemeinsamen Konzept aller drei Berufsvertretungen an die Politik herantreten.

Das zeigt Stärke und Einigkeit in der Sache.

Anpiff zur neuen (Regierungs)-Saison

Da war noch was in unserem Lande. Am 18. Januar wurde neu gewählt. 15 Wahlen stehen dieses Jahr an, wir waren die Ersten. Was ist bei uns passiert?

Die einen stürzten ab, die anderen legten zu oder blieben beim status quo.

Der Regierende bestätigte sein katastrophales Ergebnis von 2008 lediglich und musste bei seiner Wahl auf 4 eigene Stimmen verzichten. Er sollte sich wirklich seine Gedanken machen, hat er doch das gleiche Problem wie seine ehemalige Herausforderin.

Man hat es ihm bei der Verkündung im Gesicht angesehen, wie es ihn beschäftigt hat, doch er hat es brutalst möglich unterdrückt.

Profitiert hat jedenfalls einer im Besonderen.

Herr Hahn surfte mit seiner Partei auf einer Art „Wester-welle“ durch das Land.

Stets Bereitschaft signalisierend mit zu regieren und das aus einer Schmuseopposition heraus war erfolgreich und überzeugte die Wähler.

Ein Thema kam mir am Ende jedoch nicht zu kurz, nein, es war

im Wahlkampf nicht existent- die innere Sicherheit.

Bauen wir also auf die neue Vorzeigekoalition des Landes Hessen und sind in neugieriger Erwartung, was der neue Partner des nunmehr seit 10 Jahren regierenden Herrn Ministerpräsidenten bewirken kann.

Wir hoffen jedenfalls, dass es etwas bewirkt, die Polizei ist nämlich personell am absolut unteren Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt.

Also lieber Herr Hahn, nehmen sie Einfluss auf ihren Partner. Sie sind ja schließlich auch bekannt für außergewöhnliche Forderungen.

Ich erinnere gerne an ihre Forderung vor einigen Jahren, den Trainer der Frankfurter Eintracht abzulösen. Er war doch für die schlechten Leistungen der Mannschaft verantwortlich.

Auch innerhalb unserer Polizeiführung auf der obersten Ebene haben wir solche Kandidaten. Also, ran an den Speck, es ist Zeit aufzuräumen.

Euer Peter Wittig

Vertrauenskrisen

Beziehungskrisen Prominenter sind beliebte Klatschthemen. Schlagzeilen liefern u.a. Bildungs-, Beschäftigungs-, Versorgungs- und Absatzkrisen. Wie Alarmsignale wirken Regierungs-, Umwelt- und Wirtschaftskrisen. Finanzkrise hat es sogar zum Wort des Jahres 2008 gebracht. Weshalb aber tragen Krisen nur Wirkungs- und nicht ihre Anlassnamen? Man wird den Verdacht nicht los, dass die Verursacher ihre Schuld verschleiern wollen. Wer und was stecken hinter solchen euphemistischen Täuschungen?

Wo und wie entstehen Krisen? Was verursacht sie? Wer zu ihrer Quelle findet, entdeckt eigentlich vermeidbare menschliche Schwächen: Geiz und Gier, Dummheit und Überheblichkeit, Neid und Misstrauen, Korruption und Erpressung, Faulheit und Oberflächlichkeit

u.dgl. Solche Eigenschaften und Verhaltensweisen scheinen zu verlockend und ansteckend zu sein. Sie verbreiten sich wie Seuchen, zerstören Hoffnungen und Vertrauen. Aber Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit zu verlieren, zerstört Bindungen, erzeugt Misstrauen, Distanz. Ausufernde Krisen sind die Folge. Es ist absurd: Menschliche Schwächen provozieren – ungewollt wie unvermeidbar - starke schädliche Wirkungen.

Das Vertrauen ist eine zarte Pflanze. Ist es zerstört, so kommt es sobald nicht wieder Bismarck

Natürlich könnten Krisen begrenzt, ihr Schaden gemindert und ihr Ausufernd verhindert werden. So

ließe sich Krisengefahr bannen und oft sogar in Gewinnbahnen lenken. Krisen können sich aber auch zuspitzen und in Katastrophen münden. Was z. B.

Darlehnsnehmer, Anleger und Sparer von Bankpleiten zu spüren bekamen, ist ein Desaster. Entsprechendes Angebot und Streben von Parteien, Religionen, Produzenten und Dienstleistern nicht suggerierten Erwartungen, tritt nach Scheinerfolgen i. d. R. das Gegenteil des Angestrebten ein. Dennoch wird schädigendes Verhalten ignoriert und fortgesetzt.

Vielen Negativbeispielen können wir uns kaum entziehen: Heils-, Gewinn- und politischen Versprechen, Mogelpackungen und Produktfälschungen, schmerzhaften Einkommenseinbußen und Verteuerungen.

Viel ankündigen schwächt das Vertrauen. Horaz

Realistisch betrachtet, werden wir in unseren Lebensbereichen von globalen, nationalen, auch örtlichen Krisen weniger beeinträchtigt, als durch persönliche. Dabei werden gesundheitliche Krisen als Lebensschicksal hingenommen. In beruflichen Krisen gerät mancher auch schuldlos. Denn nicht alle sind jedem jederzeit sympathisch. Bevormunden, missachten, mobben und als Willkür empfundene Regeln sind Quelle und Treibmittel für Krisen. Bei Konfliktgefahr könnte offene Aussprache die Krise vermeiden. Vorgesetzte, denen Ja-Sager sympathisch, Erfolgreiche verdächtig und Kritiker suspekt sind, werden sicher mehr gefürchtet als geachtet. Erfolg hat aber i.d.R. nur, wer was kann und leistet. Dienstrang und Funktion sind keine Garanten für eine Anerkennung als Autorität.

**Nichts kann den Menschen mehr stärken als das Vertrauen, das man ihm entgegenbringt.
Adolf von Harnack**

Das „Leitbild der Hessischen Polizei“ wäre sicher geeignet, innerdienstliche Krisen ausschließen. Wird Mitarbeitern jedoch das Gefühl vermittelt, dass vorbildliche Führungsverantwortung nur für nachgeordnete Führungsebenen gilt, sind Frust und Resignation unvermeidbar. Dienstfreude und Engagement werden gedämpft und nähern sich „innerer Kündigung“. Derartige Alarmsignale dürfen nicht ignoriert werden.

Unter Kollegen grassiert solidarisiert die Erkenntnis „EdK“, was kapitulierend für „Ende der Karriere“ steht. Diese deprimierende Selbsteinschätzung sollte dort zu denken geben und Anstoß für Änderung negativer Führungseinflüsse sein, wo derart demotivierende Grundhaltungen ausgelöst werden. Denn wer sich als nicht ernst genommen, ausgegrenzt, abgeschoben, ungerecht beurteilt fühlt, wird kaum gleiche Leistungen bringen können und wollen wie anerkannte

Mitarbeiter. Opportunistisch Handelnde müssen nicht die Besten sein. Gerechtigkeitsempfinden von Mitarbeitern zu missachten, rächt sich – wirkt kontraproduktiv.

Vertrauen weckt Vertrauen. Deutsches Sprichwort

Vertrauen zu erwerben und zu pflegen ist schwer, es aufs Spiel zu setzen und zu verlieren geht leicht und rasch. Mehr zu versprechen als zu halten und von Vertrauen zu reden, ohne es durch Verhalten zu bestätigen, wird mit seinem Verlust geahndet. Es gibt Erfahrungen, die zur Selbstkritik Fähige erkennen lassen, weshalb sie mehr gefürchtet als geachtet, mehr gemieden als gesucht und – ohne es ggf. selbst zu merken – weshalb sie nicht so erfolgreich sind, wie Sympathieträger. Kritische Verantwortungsträger lässt die nachfolgende Stichwortliste (Prüfsteine!) möglicherweise erkennen, welche Eigenschaften und Verhaltensweisen vertrauensstörend wirken und geändert werden können, um Nachteilwirkungen durch Führungskrisen zu vermeiden:

- | Versprechen werden nicht eingehalten.
- | Dem eigenen Vorteil wird Vorrang gegeben.
- | Kompromisse werden vermieden.
- | Verhalten widerspricht allgemeinen Regeln.
- | Kontrollieren ist wichtiger als Delegieren

**Wer damit anfängt, dass er allen traut, wird damit enden, dass er jeden für einen Schurken hält.
Hebbel**

- | Wichtige Informationen werden verschwiegen
- | Unangenehmes wird beschönigt.
- | Schuld wird anderen zugeschoben.
- | Kritisiert wird gern und öfter als gelobt.

- | Konstruktives Feedback wird ausgeschaltet.
- | Vertraulichkeiten werden nicht geachtet.
- | Gerüchte werden ungefiltert verbreitet.
- | Entschieden wird ohne Beteiligung Betroffener
- | Stärken und Talente anderer werden kritisiert
- | Fortbildung anderer wird nicht unterstützt.
- | Rat oder Hilfe wird nicht angenommen
- | Privates wird als störend abgelehnt.
- | Gewinn und Ansehen haben Vorrang.
- | Kritik wird als pers. Angriff zurückgewiesen.
- | Diskussionen werden im Keim erstickt.
- | Konflikte werden möglichst vermieden.
- | Besprechungen dienen der Selbstdarstellung
- | Heimliche Allianzen und Intrigen sind beliebt
- | Parteilichkeit ist Handlungsprinzip.
- | Zweifelsfälle benachteiligen andere
- | Angebrachte Entschuldigung unterbleibt.

Na, hat die „Vertrauens-Krisen-Anamnese“ zu Treffern geführt? Ja? Dann sollte die Erkenntnis dazu beitragen können, ihr entgegen zu wirken und der Zielvorgabe des Leitbildes doch noch näher zu kommen.

Die beste Möglichkeit, eine Krise zu bestehen, ist anzugreifen.
Nino Cerruti

Gerhard Kastl, Dezember 2008

**Krise ist ein produktiver Zustand – man muss ihm nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.
Max Frisch**

Was ist uns die Polizei wert?

Reges Interesse der Polizeibeschäftigten an Diskussion mit Landespolitikern

„Politiker kommen und gehen, die Polizei bleibt bestehen“. Mit dieser Feststellung eröffnete Frank Lehmann vom Hessischen Rundfunk die Diskussionsveranstaltung der GdP mit Landespolitikern im Hotel „Holiday Inn“ in Frankfurt, die auch Interesse von Funk, Fernsehen und Presse fand. Thema waren die „Wahlprüfsterne“ der GdP zur Landtagswahl. Im Grunde hatte sich daran nicht viel verändert gegenüber den Fragen zur Landtagswahl vor einem Jahr. Damals habe die GdP die verantwortlichen Landespolitiker mit der Postkartenaktion aber noch unter Druck setzen können, erklärte GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller bei der Begrüßung. Zur Diskussion gekommen waren die sicherheitspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen, Peter Beuth (CDU), Günter Rudolph (SPD), Wolfgang Greilich (FDP), Jürgen Frömmrich (Grüne), Hermann Schaus (Linke).

Bei Tarifforderungen nicht zurückstecken

Auch der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg diskutierte mit. Er machte in einem Statement deutlich, dass die Zahl der Polizeibeschäftigten bundesweit um über 10.000 abgenommen habe. Angesichts immer neuer Aufgaben und der Zunahme von Gewalt, vor allem gegen Polizeibeamte, halte er diesen Stellenabbau für unverantwortlich.

Die GdP habe die Innenministerkonferenz aufgefordert, dieses Phänomen wissenschaftlich untersuchen zu lassen und betroffene Kolleg/innen daran zu beteiligen. Er machte aber auch deutlich, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei den anstehenden Tarifverhandlungen nicht zurückstecken wollten. Wer Milliarden ausgabe zur Rettung von Banken und Industriebetrieben, dürfe das Geld nicht bei den Beschäftigten einsparen. Wenn Geld für die Ackermänner da sei, müsse es auch für den öffentlichen Dienst da sein.



Voller Saal. Auf reges Interesse seitens der Kolleg/innen stieß die GdP-Diskussion mit Landespolitikern im „Holiday Inn“ in Frankfurt. Weit über 200 Zuhörerinnen (unser Bild zeigt den Großteil davon) verfolgten die Diskussion und mischten sich auch ein. nw

Mehr Arbeit – weniger Personal

Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller listete auf, dass bei der Polizei seit 1999 fast 1400 Stellen gestrichen worden seien, trotz gestiegener Anforderungen, auch im Bereich der geschlossenen Einsätze. Da helfe auch die Einführung einer „Laienpolizei“ (Freiwilliger Polizeidienst) nicht.

Die Zahlen der GdP könne man den Stellenplänen des Haushalts entnehmen, gab Bruchmüller die Quelle an. Die Zahl der Angestellten und Beamten im Innenministerium sei in diesem Zeitraum von 227 auf 417 gestiegen, die Zahl der Beschäftigten habe alleine bei den Präsidien (Einzeldienst) um 823 abgenommen. Bouffiers Aussage „Mehr uff die Gass, weniger in die Stuben“ sei offensichtlich schief gegangen, eröffnete Frank Lehmann in seiner humorigen Art die Diskussion.

Den Politikern gab er aber noch ein Zitat von Goethe mit auf den Weg „Man muss etwas zu sagen haben, wenn man reden will.“ So richtig verstanden wurde es von den Angesprochenen aber nicht. Es wurde viel leeres Stroh gedroschen, was zu Unmutsbekundungen seitens der mehr als 200 Kolleg/innen führte, die aufmerksam der Diskussion folgten. Sie sparten aber auch nicht mit Beifall, wenn vor allem die Politiker von SPD, Grüne und Linke aufzeigten, was sie versucht hätten, was aber im vergangenen Jahr, trotz Mehrheit im Landtag (und

ohne Koalition) nicht geklappt habe, weil die CDU-Regierung es torpediert habe. Das war vor allem die Forderung nach Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder und die Rücknahme der 42-Stunden-Woche.

Das stehe auch in der Zukunft auf dem Programm. Die Vertreter von CDU und FDP, man konnte sie fast als Regierungseinheit verstehen, wollen auch künftig einen speziellen hessischen Tarifvertrag. Sie ernteten Buhrufe, als sie von den erfolgreichen Tarifverhandlungen in den vergangenen Jahren sprachen. Was da im Hinterzimmer mit dem Beamtenbund ausgehandelt worden und per Gesetz verwirklicht worden sei, sei alles gewesen aber keine Tarifvertragsverhandlungen, konterte Jörg Bruchmüller. An die 42-Stunden-Woche wollen diese beiden Parteien auch nicht ran. Bei FDP-Mann Greilich klang sogar durch, dass es künftig wieder eine dreigeteilte Laufbahn geben könne. Nicht für alle Aufgaben der Polizei brauche man ein Fachhochstudium.

Zukünftig wieder mehr Polizist/innen

Großes Gelächter entstand im Saal, als Peter Beuth von der CDU vorrechnete, dass die Rückkehr alleine zur 40-Stunden-Woche rechnerisch ein Minus von 530 Polizeibeamt/innen ausmache. Noch zuvor hatte er die GdP-Zahlen von den „virtuellen“ Polizisten (1100 durch die Anhebung der Wochenar-

beitszeit von 38,5 auf 42 Stunden) als falsch bezeichnet. Er und auch FDP-Mann Greilich hatten zuvor behauptet, die Polizei habe von 1998 bis heute rund 1200 Polizistinnen mehr. Unabhängig von dieser Aussage geben aber beide zu, dass man künftig mehr Polizist/innen einstellen müsse, um die Zahl der Pensionierungen aufzufangen. Da wirkten die Aussagen der anderen drei Sprecher schon glaubwürdiger, da sie auch im vergangenen Jahr schon mehr Personal gefordert hatten und die Zahlen der GdP nicht bezweifelten. Grünen-Sprecher Frömming hatte aufgrund eigener Recherchen seiner Fraktion diese Zahlen bestätigt.

CDU und FDP: Keine Mitbestimmung

Kein Entgegenkommen seitens CDU und FDP wird es nach der Wahl auch bei der Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes geben. Beide Parteien hatten gemeinsam die Mitbestimmung im HPVG gestrichen. Auch hier waren die Vertreter der anderen Parteien auf Seiten der GdP. „Wir werden die Mitbestimmungsrechte wieder einführen“, fasste Günter Rudolph (SPD) die Meinung der drei zusammen. „Wir sind keine Befehlsempfänger, wir wollen unsere Arbeitsplätze mitgestalten“, unterstrich Konrad Freiberg die GdP-Forderung nach Wiedereinführung der Mitbestimmung. „Wenn die Polizei demonstriert, dann sind das keine Krawallmacher (Aussage Bouffier in Kassel), sondern Bürger/innen, die ihre Grundrechte wahrnehmen“, schrieb ein Teilnehmer den konservativen Politikern in diesem Zusammenhang ins Stammbuch als Frank Lehmann mit dem Mikrofon durch die Reihen des Publikums ging und Meinungen erfragte.

Ein anderer Teilnehmer machte seinem Frust gegenüber CDU und FDP Luft. „Die Polizei ist ihnen nichts wert, sie haben nichts dazu gelernt“. Antonio Pedron, Vorsitzender der JUNGEN GRUPPE, lud die Politiker ein, zu ihm nach Rüsselsheim zu kommen und mit ihm Nachtdienst zu machen, da könnten sie erfahren, was Polizeidienst ist.



Publikumsmeinung. Frank Lehmann ging auch mit dem Mikro durch die Reihen der Zuhörer und fragte nach ihren Erfahrungen mit der Politik. nw

Lebensarbeitszeit wird verlängert

Die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wollen SPD, Grüne und Linke erhalten und wieder einführen, wo sie gestrichen worden ist. Das koste pro Jahr 300.000 Euro, hätten die Haushälter ausgerechnet, so Günter Rudolph. Das könne man sicher noch verkraften. CDU und FDP blieben verschwommen. Das müsse im Zuge des neuen Dienstrechtsreformgesetzes geregelt werden, redeten sie sich heraus. Da wollen sie auch die Lebensarbeitszeit regeln.

Peter Beuth (CDU) ließ vage erkennen, dass man wohl um eine Verlängerung auf 62 Jahre nicht herumkomme, da ja auch das Renteneintrittsalter um zwei Jahre angehoben worden sei. Ähnlich argumentierten auch die anderen Parteien, wollten aber einen Unterschied machen zwischen „Schichtdienst“ und Bürodienst. Lediglich Hermann Schaus (Linke) sprach sich radikal gegen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Polizei aus. Die Linke wolle auch keine Anhebung beim Rentenalter. So formulierte auch Konrad Freiberg die GdP-Forderung.

Technische Verbesserungen mit weniger Personal bezahlt

Einig waren sich alle Parteien und die GdP, dass die technische Ausstattung der Polizei und der Fuhrpark erneuert worden seien. Nicht zugeben wollten CDU und FDP, dass

das einerseits selbstverständlich sei, wie es ein Teilnehmer formulierte, weil man nicht mehr auf Schreibmaschinen schreiben könne. Andererseits hätten die Bediensteten diese Verbesserungen durch die Einführung der 42-Stunden-Woche und die Stellenstreichungen selbst bezahlt. Dass bei der technischen Umrüstung auch Geld verbrannt sei, wurde ebenfalls deutlich gemacht. Die Einführung von SAP sollte 50 Millionen Euro kosten. Heute sind es 850 Millionen Euro. Es wurde lebhaft und viel diskutiert, nicht nur über die hier angesprochenen Themen und die GdP versprach, die Politiker an ihren Aussagen zu messen.

Polizei ist ein Gesamtkunstwerk

Jörg Bruchmüller zeigte sich erfreut „dass die Hütte voll ist“. Das zeige, dass die Themen den Polizeibeamt/innen „unter den Nägeln brennen“. Dem CDU-Mann Beuth gab er mit auf den Weg, dass seine Partei über den Begriff der „Streitkultur“ nachdenken solle. Wenn Volker Bouffier der GdP sage: „Wer die Hitze nicht verträgt, der darf nicht an den Ofen“, dann dürfe er sich auch nicht beleidigt zurückziehen, wie nach der Postkartenaktion bei der Landtagswahl 2008. „Gehen sie auf die Polizei zu, zeigen sie, was sie ihnen wert ist“, forderte er die Politiker auf. „Polizei ist ein Gesamtkunstwerk, das von den Beschäftigten gebildet wird“.

Norbert Weinbach

2009 - das Jahr schlechter Nachrichten

Die Kanzlerin als Orakel aus der Uckermark

Das Jahr 2009 wird das Jahr der schlechten Nachrichten – so hat es Angela Merkel (CDU) geweissagt. Vielleicht dachte sie nicht nur an die skrupellosen, immer weit überschätzten Banker oder an mangelhafte, oft auch von ihr hofierte Wirtschaftsstrategen.

Eventuell auch an fränkisch-bayerische Quertreiber, wie Seehofer (CSU), der als Bundesminister brav war und nur durch einen vorzeigbaren Seitensprung von sich reden machte, jetzt als Gaufürst aber ständig für Unruhe und Unfrieden in der Regierungskoalition sorgt.

Oder an Ramsauer, Landesgruppenchef der CSU-Abteilung in Berlin, der in der Kriminalstatistik nicht nur die Staatsangehörigkeit, sondern auch die Herkunft von eingewanderten Tatverdächtigen erfasst wissen möchte. „Die Abnahme der Ausländerkriminalität, die immer behauptet wird, ist vor allem dadurch herbeigeführt worden, dass Ausländer durch die Zuerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft formal Deutsche geworden sind“, so Ramsauer. Offen ließ der Oberbayer, ab wann seiner Meinung nach einer so richtig Deutscher ist – zweite Generation, dritte Generation? Was ist mit den Szymanskis, Podolskis, Kloses, Asamoas und und und? Sind das wirklich richtige Deutsche? Oder doch eher die Beckers, Schumachers und Beckenbauers, die in Deutschland zwar keine Steuern zahlen, aber bei denen dafür schon seit Generationen deutsches Blut durch die Adern fließt? Dem Grundgesetz nach genügt der Pass! Vielleicht sollte Ramsauer mal bei seinem Spezi Koch aus Hessen nachfragen, der hat Erfahrung mit Wahlkampf gegen Ausländer. (Ist eigentlich Obama ein richtiger US-Amerikaner nach der Lesart Ramsauers?)

Ich denke bei den schlechten Nachrichten schon zu Beginn des Jahres an den Ausgang der Hessenwahl. Ausgerechnet die Parteien, deren Repräsentanten die Arbeitnehmerrechte lieber beschneiden

als zu stärken, die Tarifdiktate als Verhandlungsergebnisse ausgeben und zur Not auch schon mal die Öffentlichkeit belügen, stellen die Parlamentsmehrheit. Klar, es hätte noch schlimmer kommen können. Wenigstens kann die Koch-CDU nicht mehr alleine regieren und sich anmaßen, Hessen als ihr Eigentum zu betrachten. Wie war in einem Leserbrief in einem großen deutschen Magazin zu lesen: „Koch hat uns Hessen schon mehrfach belogen und betrogen, dass sich alle Balken in unseren wunderschönen hessischen Fachwerkhäusern durchgebogen haben.“ Man kann es auch sagen wie der stern: „KALT, KÄLTER, KOCH“.



Wir verdanken dieses Wahlergebnis, diese schlechte Nachricht, allerdings vier SPD-Abweichlern. Diese „Verantwortungsethiker“, wie Klaus Staack sie nannte, hatten „ihr jäh erwachtes Gewissen absolut gesetzt und damit das Votum der Mehrheit ignoriert“. – „Demokratien und demokratische Parteien funktionieren nur dann, wenn das Mehrheitsprinzip akzeptiert wird.“ Mit „Gewissensentscheidungen“ hatte das alles nichts zu tun.

Bis hierher hat das Orakel aus der Uckermark also schon mal recht gehabt – ein Jahr mit schlechten Nachrichten.

Doch es gibt auch positive Meldungen. Nehmen wir die Regierungsbildung in unserem schönen Hessenland. Ratzfatz hat Jörg Uwe Hahn seinen Spezi Koch über den Tisch gezogen und für seine FDP drei fette Ministerien an Land gezo-

gen. Da hat es sogar in der CDU Leute gegeben, die ihren bisherigen Beinahe-Gott Koch so überdeutlich und öffentlich kritisierten, wie bisher undenkbar. Also, ist das nichts Positives? – Offen praktizierte Meinungsvielfalt statt Duckmäusertum auch in der Hessen-CDU.

Na und dann die Wahl zum Ministerpräsidenten. War das nichts? Schon wieder vier Abweichler – und diesmal nicht bei den linken Chaos-Schwestern und –brüdern sondern bei den sonst so uniformen Christdemokraten (zumindest mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit). War das eigentlich auch eine Gewissensentscheidung oder nur eine banale Misstrauensbekundung? Der Versuch Kochs, die fehlenden Ja-Stimmen mit der Unfähigkeit seiner Parteikollegen beim Umgang mit den neuen Stimmkarten zu erklären, ist schon eine Frechheit. Man muss sich mal vorstellen, was das eigentlich hieße. – Aber, die Nachricht von den Abweichlern war bestimmt keine schlechte – zumindest für mich nicht.

Oder das Ministerinnen- und Minister-Karussell. Da kommt ein Landrat aus Bad Homburg (von mir durchaus geschätzt) nach Wiesbaden und übernimmt das Justizministerium und macht das zig Mal besser als sein „großmäuliger“ Vorgänger.

Dann muss die CDU-Alleinregierung ihre Kultusministerin wegen offener Unfähigkeit entlassen und flugs macht der Ex-Landrat aus Bad Homburg das noch mit - und auch noch recht erfolgreich. Nun werden nach der Wahl mit dem von mir beklagten Ausgang, die Karten neu gemischt und eins zwei drei wird der erfolgreiche Justiz- und Kultusminister plötzlich Sozialminister – „Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit“ (seine Frau meinte, es entspreche genau seinen Prioritäten: „An erster Stelle kommt für mich immer die Arbeit, dann in weitem Abstand die Familie und ganz zuletzt die Gesundheit.“ – Ist das eigentlich dann noch sozial? Er ver-

treibt die angeblich ebenfalls anerkannte Sozialministerin ins Landwirtschafts- und Umweltministerium. Hierfür ist sie natürlich bestens geeignet, kommt sie doch vom Lande und ist auf einem Bauernhof groß geworden. Wir verfügen also in Hessen, besser vielleicht in der Hessen-CDU, über Allrounder, die ihresgleichen suchen. Das ist doch toll, oder nicht? – Oder hat etwa Rainer Brüderle (FDP) Recht, der im Zusammenhang mit der Ernennung des neuen Bundes-Wirtschaftsministers von und zu Guttenberg meinte: „Offenbar genügt es in der Union, dass man lesen und schreiben kann, um Wirtschaftsminister zu werden.“ Aber dann wäre das ja

auch eine schlechte Nachricht und das Orakel wäre wieder bestätigt.

Und was erwartet nun uns - bei der Polizei? Nun, man könnte sagen, nichts Neues. Wir behalten „unseren“ Minister – ich hätte fast geschrieben, hätte schlimmer kommen können. Ein neuer Staatssekretär (Boris Rhein aus Frankfurt, damit auch die Großstädter jetzt ganz ruhig gestellt sind – Boddenberg ist ja auch schon zum Minister erkoren worden) wird ihn unterstützen – wie hieß eigentlich sein(e) Vorgänger(in)? Da sich Rhein als Innenpolitiker berufen fühlt und sich für noch größere Aufgaben empfehlen möchte, ergeben sich hier vielleicht

auch für uns Chancen. Mit jemandem, der auf der Frankfurter Freßgass gern Bratwurst isst, kann man bestimmt geschickt reden. Und wenn Koch endlich in Berlin sein Wesen treibt und Bouffier ihn in Hessen beerben darf und und ... – da geht doch was!

Mein Resümee: Das Orakel aus der Uckermark hat nur zum Teil Recht. Das Jahr 2009 wird ein Jahr mit vielen schlechten Nachrichten. Aber, es gibt nicht nur die negativen, es gibt auch so la la und sogar auch gute News.

Macht's Beste draus!

Dieter Kurth

Polizeiaktionstag in Hannover am 3. Februar 2009

Hessen war dabei

Es wurde gemeinsam für unsere Forderungen gekämpft. Die Landesbezirke der GdP beteiligten sich und auch wir waren Teil der über 14.000 Teilnehmer.

Obwohl nicht der TdL angeschlossen, zeigten wir Flagge und hörten unter anderem einen kämpferischen Bundesvorsitzenden Konny Freiberg, der auf die Probleme der Polizeibeschäftigten hinwies.

Unter tosendem Beifall waren seine Worte in Richtung des Verhandlungsführers der Arbeitgeberseite:

„Herr Möllring, ich wollte mich mit ihnen geistig duellieren, aber ich habe festgestellt, sie sind unbewaffnet“

Zeitgleich zu dieser zentralen Veranstaltung in Hannover fanden Warnstreiks im gesamten Bundesgebiet statt.

Die GdP ist auch bereit und wird ihren Forderungen auch mit Arbeitskampfmaßnahmen Druck verleihen.

Peter Wittig



IMPRESSIONEN AUS HANNOVER



IMPRESSIONEN AUS HANNOVER



Bei der Arbeit mit uns haben Sie vor allem eines:
Freude an erstklassigen Ergebnissen.

envision
WERBEAGENTUR

Die Botschaft auf den Punkt gebracht:
Wir gestalten Ihre Broschüren, Prospekte,
Kataloge, Werbemittel und Anzeigen

Envision Werbeagentur GmbH
An den Drei Hasen 34-36 · 61440 Oberursel (Taunus)
Fon 06171 6243-0 · www.envision.de

Ein planbarer Einsatz!

Der Bau der Landebahn Nordwest am Frankfurter Flughafen – kein Einsatz wie jeder andere? - Ein Einsatz wie viele andere und dennoch wiederholen sich Einsatzabläufe die wir bereits in der Vergangenheit immer wieder kritisiert haben.

Von langer Hand geplant durch alle Instanzen geführt sahen wir Polizistinnen und Polizisten voller Spannung diesem voraussichtlich langatmigen Einsatz entgegen.

Anfänglichen Horrorszenarien wich mit der Annäherung zur Umsetzungsphase realistische Erkenntnisse, die allesamt erwarten lassen konnten, dass es eine zweite „Startbahn West“ nicht geben wird.

Die Einsatzplanungen berücksichtigten, so wie es korrekt ist und wir unser Handwerk verstehen, alle Eventualitäten und wurden im Wesentlichen in drei Phasen aufgeteilt.

In der personalrätlichen Begleitung haben wir im Hauptpersonalrat und in den örtlichen Gremien den Schwerpunkt auf die Planbarkeit für unsere Kolleginnen und Kollegen sowie auf die Einhaltung der arbeitsschutzrechtlichen Bedingungen gelegt.

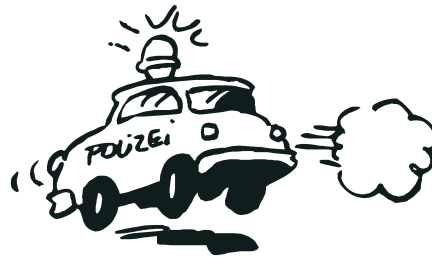
In der Folge unserer Vereinbarungen erreichten wir einen späteren Einstieg in einen geänderten Schichtrhythmus in der Hoffnung, dass ein Umstieg in den sogenannten T-E-N-F (Tag/Einsatz/Nacht/Frei) lediglich die letzte Option zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung sein wird.

Kaum ein Einsatz in der Vergangenheit hatte in der Vorlaufphase soviel Zeit und Raum für verlässliche Planungen wie dieser.

Keinerlei Hinweise erreichten uns, die erkennen ließen, dass der Umstieg auf den T-E-N-F, also hinein in die Phase III, bereits nach einer Woche erforderlich wird. Dienstliche und damit auch private Planungen wurden damit über den Haufen geworfen und haben unseren Kolleginnen und Kollegen eine Menge Probleme bereitet.

Doch damit nicht genug, vor Ort im Einsatz müssen wir feststellen, dass wir genau das antreffen, womit wir seit Monaten rechneten – mit sehr wenig und kaum gewaltbereitem Widerstand von Ausbaugegnern.

Kritik von mir kommt nicht im Bezug auf die fachkompetente Vorbereitung, unsere Führung versteht ohne Zweifel ihr Handwerk, aber genau in den zwei Punkten in welchen wir unsere gewerkschaftlichen und personalrätlichen Schwerpunkte sahen und sehen, wurden Entscheidungen getroffen die ich nicht nachvollziehen kann.



Wenn auf Grund vorliegender Erkenntnisse der Einstieg in den T-E-N-F erforderlich war, so muss dies bereits vor dem 12. Januar klar gewesen sei, der Wechsel vom Vier-Schichtrhythmus in den T-E-N-F wäre somit vermeidbar gewesen und hätte viele von uns vor Planungsproblemen bewahrt.

Den zweiten Schwerpunkt legten wir auf den Arbeitsschutz. Planbare Einsätze – und der Bau der Landebahn Nordwest war und ist in allen Phasen planbar – dürfen grundsätzlich 12 Stunden nicht überschreiten (inklusive An- und Abfahrt). Wir sind professionell genug, um damit umgehen zu können, dass besondere, sich ad hoc entwickelnde Lagen auch längere Einsatzzeiten mit sich bringen können, aber wer 12 Stunden Einsatzzeit plant und private Vorbereitung, An- und Abfahrtszeiten noch dazu addiert verstößt gg. die Vorgaben des Arbeitsschutzes und riskiert hierbei die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen. 16, 18 oder noch mehr Stunden im Einsatz haben stattgefunden, das

wäre vermeidbar gewesen, wenn man sich an die Vereinbarungen mit dem Hauptpersonalrat gehalten hätte.

Ohne diese beiden, vermeidbaren Ärgernisse hätten wir als Einsatzkräfte mit dem Start und jetzt mit dem aktuellen Einsatzverlauf durchaus zufrieden sein können. Bei aller Kritik habe ich aber auch nicht übersehen, dass man in der Fortschreibung und Analyse der Lage die Kräfte deutlich reduziert hat. Die Anordnung der Rückkehr zu einer reinen Einsatzzeit von acht Stunden ist sicherlich nicht nur eine Folge unserer, an den Innenminister klar formulierten Forderungen sondern sicherlich auch ein Ergebnis ausführlicher und konstruktiver Dialoge, die wir als GdP mit den Verantwortlichen im LPP, zeitnah zu den Ereignissen gesucht haben.

Lothar Hölzgen

Aus dem Gerichtssaal

EIN SCHRÄGER FALL

Nach dem WM-Fußball-Halbfinale, das die deutsche Mannschaft gegen Italien verloren hatte, gab es unter den angetrunkenen Gästen Streit. Dabei warf ein 25-jähriger Gast seinem Gegenüber mit voller Wucht ein Bierglas gegen den Kopf. Das Opfer erlitt einen dreifachen Jochbeinbruch und schlimme Zahnverletzungen, deren Behandlung noch nicht abgeschlossen ist. Der Angeklagte gab sich in der Verhandlung unschuldig. Er habe doch nur das Glas fallen lassen, sonst nichts. Wegen gefährlicher Körperverletzung verhängte das Gericht eine Geldstrafe von 2500 Euro. Bei der folgenden zivilrechtlichen Auseinandersetzung dürfte es noch wesentlich teurer werden.

Heinz Habermehl

Jahreshauptversammlung der GdP

Kreisgruppe Main Taunus

Am Donnerstag, den 20.11.2008 konnte unser Kreisgruppenvorsitzender Jürgen Aschenbrenner viele Mitglieder in den Räumlichkeiten der Stadthalle Hofheim zur Jahreshauptversammlung 2008 begrüßen.

Der etwas verspätete Termin war bedingt durch Einsatzlagen im Oktober und der damit verbundenen Verschiebung des ersten anberaumten Termins.

Begrüßen konnte Jürgen den stellvertretenden Vorsitzenden des Landesvorstandes, Lothar Hölzgen und den Bezirksgruppenvorsitzenden Peter Wittig.

Leider konnte der Personalratsvorsitzende Michael Messer wegen einer Terminkollision nicht teilnehmen.

Erfreut zeigte sich Jürgen Aschenbrenner über die große Teilnahme der Mitglieder. Herzlich Willkommen hieß Jürgen auch den ehemaligen Direktionsleiter Helmuth Lohse sowie dessen Nachfolger Jürgen Moog, beide GdP Mitglieder.

Nach dem Totengedenken zeigte unser Kreisgruppenvorsitzender noch einmal die Tätigkeiten im abgelaufenen Jahres auf.

Beginnend mit der Postkartenaktion, die durch das Engagement der Mitglieder, trotz aller Unkenrufe, zu einem großen Erfolg der GdP wurde. Die Politik war durch diese Aktion plötzlich in die Defensive geraten und musste reagieren. Was dabei herauskam, hat jeder noch in Erinnerung.

Die nächste große Aufgabe war die Personalratswahl 2008. Hier sollte das Ergebnis der Wahl das große Engagement der GdP in der vergangenen Legislaturperiode widerspiegeln. Dazu sollte auch ein auf die Kreisgruppe zugeschnittener Wahlkampf dienen.

Diese Entscheidung trug ihre Früchte!

Die GdP ist im Main Taunus Kreis mit dem besten Ergebnis seit 20 Jahren als stärkste Gewerkschaft gewählt worden und ist mit den drei Mitgliedern

**Beate Gretzschel
Kirsten Varlemann und
Jürgen Aschenbrenner**

im örtlichen Personalrat vertreten. Dazu kommen aussichtsreiche Platzierungen als Nachrücker.

Der Einsatz unserer Vorstandsmitglieder bei den Wahlen als Wahlhelfer und als Wahlvorstandsmitglieder sahen viele als selbstverständlich an, ohne den Arbeits- und Zeitaufwand der Kolleginnen und Kollegen zu erahnen.

Jürgen Aschenbrenner dankte noch einmal diesen Kolleginnen und Kollegen.

Die 42 Stunden Woche, sowie die gleichzeitige Arbeitsverdichtung bei weniger Personal, nahm weiteren Raum in dem Rechenschaftsbericht ein.

Im Anschluss, vor Aussprache zu dem Bericht, ehrte Jürgen Aschenbrenner unseren „Jungpensionär“ Jürgen Grün für seine 40 jährige Treue zu seiner GdP. Nach Übergabe eines kleinen Präsentes ließ es sich Jürgen Grün nicht nehmen, ein paar Worte an die Versammlung zu richten, deren Kernaussage es war, dass das bisher für die Kolleginnen und Kollegen Erreichte ohne die GdP nie hätte verwirklicht werden können.

Der darauf erfolgte Beifall zeigte Zustimmung in der Versammlung.

Es folgte der Rechenschaftsbericht des Kassierers Thomas Hasler, der vom Kassenprüfer eine einwandfreie Kassenführung bescheinigt bekam. Er wurde im Anschluss von der Versammlung entlastet. Aschenbrenner bedankte sich bei Thomas für seine korrekte Amtsführung und dem damit verbundenen Ergebnis.

Die anschließende Aussprache wurde durch Berichte von Lothar Hölzgen und Peter Wittig belebt. Die Diskussionspunkte beinhalteten u.a. die Lebensarbeitszeit (60 Jahre sind genug), die Versorgung und die Wochenarbeitszeit. Hier gab es auch erste Hinweise auf die Veranstaltung der Wahlprüfsterne vor der nächsten Landtagswahl im Januar 2009.



**40 Jahre GdP- Jürgen Grün (mitte)
Lothar Hölzgen (li.) und Jürgen Aschenbrenner (rechts)**

Es folgten Darstellungen zur Arbeit des HPR, z.B. das IZEMA mit dem Release III endlich auf dem richtigen Weg ist.

Es folgten, angeregt durch Kollege Karl Spengler, kontroverse Diskussionen über die Umstellung der Dienstpläne für den Ausbau Flughafen.

Letztendlich das Ergebnis, dass der Flughafenausbau kommt, aber die GdP alles dafür tun wird, dass für die Kolleginnen und Kollegen die zusätzlichen Belastungen überschaubar und im Rahmen bleiben. Sonderaktionstage etc. in der Zeit des Flughafeneinsatzes haben dann keinen Raum mehr.

Fest steht auch, dass der 5-Schichten Dienst spätestens am 1. April wieder aufgenommen wird, so Peter Wittig.

Im Anschluss an die sehr lebhaft Diskussion stellte Jürgen Aschenbrenner noch den neuen Werbefilm der GdP Hessen vor, der sehr viel Anklang fand.

Nach der einen oder anderen Anmerkung bedankte sich Jürgen Aschenbrenner bei den Anwesenden für die rege Beteiligung bei den Diskussionen und verband dies mit

Wünschen einer ähnlich hohen Mitgliederbeteiligung bei der Jahreshauptversammlung 2009, die dann auch Neuwahlen auf der Tagesordnung hat. JA.

Seniorenfeier der GdP Wiesbaden ein voller Erfolg

Es ist Donnerstag, der 12. Dezember 2008, 15.00 Uhr:

Normalerweise ist die Kantine der Hessischen Polizeischule nachmittags geschlossen, doch heute sieht man fleißige Helfer der GdP Wiesbaden, die geduldig und ausdauernd Weihnachtstüten bestücken.

Da kommt vielerlei hinein, Obst, Nüsse, Lebkuchen, auch ein kleiner Likör darf nicht fehlen.

Sekt-Piccolos und GdP-Regenschirme werden zurechtgelegt, Weihnachtspäckchen aufgebaut.

Doch was war der Grund für dies geschäftige Tun?

Ja, natürlich, die traditionelle Weihnachtsfeier der Senioren der GdP, Kreisgruppe Wiesbaden. Ehemals ins Leben gerufen vom früheren Kreisgruppenvorsitzenden Jörg Stein, auch heute noch ein nicht wegzudenkender Event, was die Vielzahl der nach und nach eintreffenden Gäste belegte.

So konnte der Kreisgruppenvorsitzende Michael Wenzek um 17.00 Uhr knapp 40 Seniorinnen und Senioren begrüßen, unter ihnen auch der 1979 (!) in Pension gegangene Inspekteur der Schutzpolizei Wiesbaden, Benno Balkow und als Pendant dazu, in Vertretung der Behördenleitung, den amtierenden Leiter der Abteilung Einsatz, Karlheinz Pfister.

Nach einigen einleitenden Sätzen des Kreisgruppenvorsitzenden über den Ablaufrahmen des kommenden Abends stellte dieser das vergangene Jahr aus der Sicht der Wiesbadener GdP dar.

Anschließend wurde das Wort Herrn Karlheinz Pfister übergeben, nicht ohne den Hinweis, dass dieser schon seit Jahrzehnten Mitglied der

GdP ist. Er nahm den zugespielten Ball technisch einwandfrei an, indem er sogleich klarstellte, dass man auch (oder vielleicht gerade deshalb?) als Leitender Polizeibeamter überzeugter GdP'ler sein kann. Er zeigte anschaulich alle polizeilichen Geschehnisse des Jahres 2008 auf, nahm unter anderem geschickt das nun aktuell geklärte Mordverfahren Pagenstecher des Jahres 1986 zum Anlass, auch bei den älteren anwendenden Senioren noch Verknüpfungen aus deren aktivem Dienst zu schaffen.



GdP-Mitglied Karlheinz Pfister berichtet aus dem PP

Die Ehrung der Jubilare wurde dann zur One-man-show. Aus vielerlei Gründen konnte nur eine 50-Jahres-Urkunde übergeben werden.

Im Kreise seiner Familie nahm Fritz Ständer, bekannt als Außenmeister des 1. Polizeirevieres, Urkunde und Präsent für 50 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei entgegen.

Danach blieb für die Seniorinnen und Senioren genügend Zeit, alte Erinnerungen auszutauschen, ein warmes Abendessen wurde seitens des Kantinenbetriebes Ebert gereicht, gemeinsam Erlebtes von damals wurde rege nacherzählt.



Michael Wenzek gratuliert Fritz Ständer zu 50 Jahren Mitgliedschaft in der GdP

Beim anschließenden Bingo war es dann wieder totenstill und konzentriert, nur unterbrochen vom Rauschen der Lostrommel, routiniert bedient von Mike Messer und den erlösenden Bingo-Rufen der Gewinner.

Insgesamt konnten in zwei Runden jeweils 3 schöne GdP-Sachpreise überreicht werden.

Wer dann nicht gewann, konnte aber immerhin je eine prall gefüllte Weihnachtstüte zum Abschluss der gegen 20 Uhr beendeten Veranstaltung mit auf die Heimreise nehmen, gleichwohl mit der Gewissheit, „nächstes Jahr gerne wieder!!“

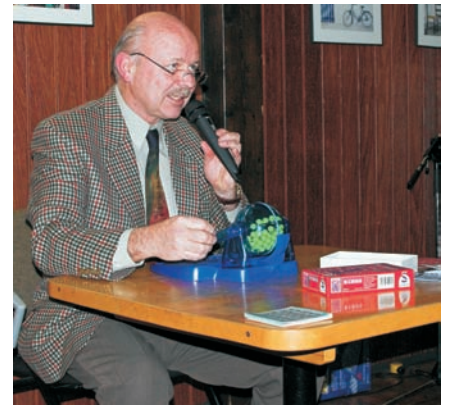
Michael Wenzek
Kreisgruppe Wiesbaden



Weihnachtsfeier der Senioren der Kreisgruppe Wiesbaden



Gut gefüllter Saal in der Kantine der HPS



Bingo-Moderator Mike Messer in Aktion

Hinweis auf die Seniorenversammlung der GdP Westhessen

Am Donnerstag, 28. Mai 2009 findet ab 09:30 Uhr die Seniorenversammlung statt.

Treffpunkt ist die Hess. Polizeischule, Geb. 19, 4. OG, Schönbergstr. 100, 65199 Wiesbaden.

Auf der Tagesordnung stehen unter anderem:

- | Bericht des Seniorenvorstands
- | Bericht des BZG-Vorsitzenden
- | Neuwahl des Seniorenvorstands

Für Speisen und Getränke ist gesorgt, Reisekosten werden nach den entsprechenden Bestimmungen gegen Nachweis erstattet.

Näheres könnt ihr auf der Homepage der GdP Hessen nachlesen oder Infos bei der Bezirksgruppe erfragen.

Anmeldungen bei der Bezirksgruppe Westhessen, Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden

Peter Wittig, 0611-345-1081 ,
Fax 0611-345-1089 oder Schneefrau@t-online.de

Online-Anmeldung wird rechtzeitig auf der Homepage zur Verfügung gestellt.

Peter Wittig

An alle Seniorinnen und Senioren der BZG Westhessen

Einrichtung eines Mailverteilers für Senioren

Wir möchten den Informationsfluss für unsere interessierten Seniorinnen und Senioren der Bezirksgruppe Westhessen verbessern.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass sich gerade unsere Ruheständler immer mehr im Netz bewegen und auch Informationen von dort beziehen.

Um euch insbesondere gewerkschaftliche Informationen zukommen zu lassen, die ihr alle schnell zur Verfügung habt, möchten wir



hier zentral einen so genannten Seniorenverteiler aufbauen.

Wer von euch also über einen Internetanschluss mit e-mail-Adresse verfügt, kann uns mitteilen, ob er in

den Verteiler aufgenommen werden möchte.

Wir sind somit in der Lage, euch aktuelle Informationen oder auch Flugblätter des Landesbezirks oder der Bezirksgruppe schnell und einfach zukommen zu lassen.

Wer Interesse an der Aufnahme hat, sendet bitte eine e-mail mit dem Betreff „Seniorenverteiler“ an Schneefrau@t-online.de.

Peter Wittig
BZG-Vorsitzender

Polizeibeamte vor Gericht – Eigensicherung durch professionelles Auftreten

Eine Veranstaltung der Junge Gruppe Hessen

Jeder von uns hat es bereits einmal oder sogar regelmäßig erlebt, Ladung als Zeuge vor Gericht. Was passiert dort, was kommt auf mich zu.

Egal, ob es um Zeugenaussagen in Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahren geht, es gibt Unsicherheiten vor dem Gang in den Zeugenstand.

Basierend auf dem Grundsatz der Mündlichkeit der Aussage zählt nur das gesprochene Wort vor Gericht. Angaben in früheren Verfahren oder den schriftlichen Darstellungen in den Anzeigen oder Stellungnahmen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind zwar existent und Teil der Gerichtsakten, aber es zählt für die Hauptverhandlung nur das, was im Zeugenstand gesprochen wird.

Und hierfür gilt es, sich professionell auf seine Aussage vorzubereiten.

Die Anzeige und das von unseren Kolleginnen und Kollegen geführte Ermittlungsverfahren sind die Grundpfeiler für einen ordentlichen Abschluss, sei es durch die Staatsanwaltschaft oder durch das Gericht.

Die Vorbereitung eines Verteidigers auf die Verhandlung hat in der Regel bei den Zeugenvernehmungen ein Ziel.

Die Aussage des Zeugen unglaubhaft zu machen oder den Zeugen selbst als unglaubwürdig darzustellen.

Und hier gibt es aus Erfahrungen die meisten Konflikte beim Auftreten vor Gericht.

Gelingt es der Verteidigung, die Aussage des Polizeibeamten zu erschüttern oder ihn selbst zu verunsichern, kann dies Auswirkungen auf den Ausgang des Verfahrens oder der Verhandlung nehmen.

Diesem Thema hat sich die Junge Gruppe der GdP Hessen angenommen und hierzu im Dezember 2008 ein Seminar ausgerichtet, das sich mit den geschilderten Problemen befasst.

Hierfür stellte die I. HBPA die Räumlichkeit zur Verfügung und die Organisatoren konnten den Wiesbadener Staatsanwalt Wolf Jördens als Referenten gewinnen.

Rund 100 Kolleginnen und Kollegen nahmen dieses Angebot gerne an und nahmen an der Veranstaltung teil.



Dankeschön an den Referenten Wolf Jördens (mitte) von Antonio Pedron und Sandra Temmen

Herr Jördens gab den Teilnehmern einen näheren Einblick in die Arbeit der Staatsanwaltschaft und schilderte anhand von Beispielen aus eigenen Verfahren die Probleme und Reibungspunkte in Bezug auf die Darstellung und Aussagen von Polizeibeamten vor Gericht.

Die Vorstellung von polizeilicher Arbeit ist bei Staatsanwaltschaft und Gerichten oftmals eine andere als die Praxis dies zeigt.

Trotz vieler rechtmäßiger Amtshandlungen kommt es immer wie-

der zu Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte. Wie unangenehm dies ist, kann sich jeder vorstellen.

Herr Jördens gab aus seiner Sicht die Erfordernisse für ein sauberes Ermittlungsverfahren zur Kenntnis. Grundlegend für das gesamte Verfahren ist die umfassende Beschreibung der polizeilichen Maßnahmen bis zur Abgabe an die StA.

Diese Maßnahmen müssen für die weitere Bearbeitung entsprechend abgesichert werden. Weniger ist hier nicht mehr, dies waren seine Worte, wenn es insbesondere dar-

um geht, der StA und dem Gericht durch Lichtbilder einen tieferen Einblick in die Vorkommnisse zu geben.

Zum Ende des Tages konnten die Kolleginnen und Kollegen viele Fragen stellen, die gezeigt haben, dass es wichtig ist, solche Fortbildungsangebote zu machen.

Wir möchten euch jetzt schon neugierig machen auf weitere Angebote, die in Vorbereitung sind.

Viele Teilnehmer aus dem Bereich des PP Westhessen haben es sich



Interessierte Zuhörer aus Westhessen: v.l. Hans-Jürgen (Heino) Lieberknecht, Olli Keul, Hans-Jörg Hofmann, Walter Selbach und Timo Krämer

auch nicht nehmen lassen, das Angebot zu nutzen. Wir pflegen seit längerem den engen Kontakt zur Jungen Gruppe und beteiligen uns an den Aktivitäten.

Auf diesem Wege auch einmal ein großes Dankeschön für die praxisnahe Organisation nicht nur dieser Veranstaltung.

Ob Fachvortrag Jugendgewalt-/kriminalität, Afterwork-Partys, Selbstverteidigung, Fingerprints und vieles mehr- macht weiter so, auf die Unterstützung der Bezirksgruppe Westhessen könnt ihr bauen.

Peter Wittig

Seminare und Fortbildung-Grundsteine des GdP-Leistungspaketes

Seminare, Fortbildung und Schulungen, dies alles sind Grundsteine des Leistungspaketes der GdP Hessen.

Ein breit gefächertes Angebot, wie man feststellen muss, wenn man sich dies auf der Homepage der GdP anschaut

(www.gdp.de/hessen/Leistungen/Schulungen/Seminare).

Verwaltungsrecht, polizeiliches Eingriffsrecht, Beamtenrecht bis hin zu den beliebten Veranstaltungen des Fahr- und Sicherheitstrainings und den umfangreichen Baustein-Seminaren zu Rhetorik und Stressmanagement, teils mit Zertifikaten.

Das alles sind kostenfreie Angebote für unsere Mitglieder in der GdP. Professionelle Durchführung unter angenehmen Rahmenbedingungen, das ist unser Weg, den wir seit Jahren auf dem Gebiet der Schulungsangebote gehen und weiter verfolgen.

Die Erfahrungen und Reaktionen unserer Mitglieder zu den Semina-

ren zeigen uns, dass wir auf diesem Sektor keine Konkurrenz zu fürchten haben.



GdP-Fit durch Fortbildung

Die Möglichkeit, sich von jedem Standardarbeitsplatz der Hessischen Polizei (ohne offene Internetberechtigung) auf den Seiten der GdP über diese Angebote zu informieren, verbunden mit einer benutzerfreundlichen und unkomplizierten Online-Anmeldung runden den Service für die Mitglieder ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nutzt diese Möglichkeit, euch online über die Leistungsangebote der GdP zu informieren. Wer es noch nicht wahrgenommen hat, sollte diesen kleinen Zeitaufwand betreiben und versuchen, an einem Seminar teilzunehmen.

Noch mal zur Information, diese Seminare und Veranstaltungen sind für alle GdP-Mitglieder kostenfrei. Da es sich um gewerkschaftliche Veranstaltungen handelt, könnt ihr hierfür auf Antrag Dienstbefreiung erhalten. Die rechtliche Grundlage hierfür ist im Hessischen Beamtengesetz und der Urlaubsverordnung hinterlegt.

Wenn ihr zu dem Ablauf der Veranstaltungen oder den Weg der Dienstbefreiung Fragen habt, wendet euch bitte an die Kreis- oder Bezirksgruppen oder direkt an die Geschäftsstelle der GdP in Wiesbaden (0611-9922730).

Peter Wittig

37 Jahre Personalrat und 40 Jahre GdP

Horst Witzenrath geht in die Ruhephase der Altersteilzeit

Am Mittwoch, den 18. Februar 2009 war es soweit. Horst Witzenrath aus der Kreisgruppe Wiesbaden erschien als Arbeitnehmervertreter pünktlich zur Personalrats-sitzung des PP Westhessen und verließ sie nach Beendigung um 13:00 Uhr in Richtung seines Arbeitsplatzes bei der Abt. Z der Behörde.



Horst 2009

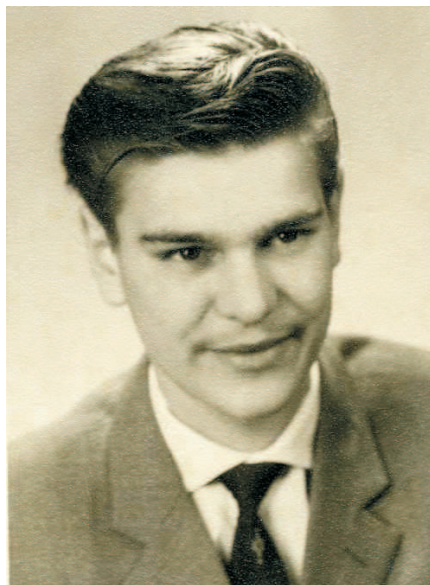
Was ist daran besonders, kann man sich fragen? Nun liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Horst hat ein bewegtes Gewerkschafts- und Personalratsleben hinter sich.

4 Jahrzehnte Ehrenamt

Horst Witzenrath feierte im Januar 2009 sein 40-jähriges GdP-Jubiläum. Gleichzeitig blickte er mit Abschluss seiner letzten Sitzung auf 37 Jahre Personalratstätigkeit zurück. Dies ist nicht nur mehr als Anerkennung und Dankeschön wert, nein, höchstwahrscheinlich ist dies auch einzigartig im Lande Hessen.

Horst wurde am 10.09.1947 in Lohfelden/Bez. Kassel geboren und besuchte von 1953 bis 1961 die Volksschule in Wiesbaden-Biebrich. In den Jahren 1961 bis 1964 absolvierte er seine erfolgreiche Ausbildung zum Kfz-Mechaniker bei der Firma Auto Göller in Biebrich. Dort war er weiter bis 1966 als Geselle tätig.

1966 wechselte Horst dann in den Polizeibereich und arbeitete im damaligen Polizeiverwaltungsamt Wiesbaden als Kfz-Schlosser. 1974 bis 2001 war seine Beschäftigungsbehörde dann das PP Wiesbaden, welches dann infolge der Umorganisation in das heutige PP Westhessen mündete.



Horst 1966

Am 31.12.2003 gab es dann eine der unsinnigsten und einschneidendsten Maßnahmen in der hessischen Polizeigeschichte. Die Werkstätten der Polizei wurden geschlossen. Nachdem viele Arbeiter auf der Strecke blieben, gelang es, Horst Witzenrath ab April 2004 in ein Angestelltenstatus zu bringen,



Horst 1974



Horst 1998

damit er mit seinen Fähigkeiten der Behörde erhalten bleiben konnte. Seit diesem Zeitpunkt bis heute war er dann in der hiesigen Abteilung Z. tätig.

Horst nutzte die Möglichkeit der Altersteilzeit und geht nun in seine 1 ½ -jährige Ruhephase, bevor er dann im September 2010 endgültig in den Ruhestand versetzt wird.

Du wirst von nun an viel Zeit für deine Hobbies Garten, Kochen und Bild-/Filmbearbeitung haben. Auch eine deiner Lieblingsbeschäftigungen, die aktive Teilnahme zur Fastnacht beim Schiersteiner Carnivalsverein wird bei dir keine Langeweile aufkommen lassen.

Lieber Horst, die Bezirksgruppe Westhessen wünscht dir für deine zukünftige Zeit alles Gute, bleib gesund und halt dich munter.

Peter Wittig





Gewerkschaft der Polizei Bezirksgruppe Westhessen



Tagesseminar für Seniorinnen und Senioren

Wann: Donnerstag, 02. April 2009, 09:30 bis 17:00 Uhr
Wo: Hessische Polizeischule, Schönbergstr. 100, 65199 Wiesbaden
(Gebäude 19, 4. Stock)
Wer: Alle Seniorinnen und Senioren der BZG Westhessen und der PZBH
(ohne Begleitung)

Themen/Ablauf:

09:45 Uhr



Ein Buch mit sieben Siegeln oder leicht verständlich?

Fachvortrag Herr Kaiser, Dipl.-Rechtspfleger
RP Kassel, Dezernat Beihilfen in Hünfeld
Vortrag - Fragen - Antworten

12:00 bis 12:45 Uhr Mittagspause in der Kantine der Polizeischule

13:00 Uhr



Ernährung im Alter

Fachvortrag von Frau Silvia Rex
Fragen – Antworten - Tipps

15:00 Uhr



Versicherungen für Rentner/innen und Senior/innen

Was brauche ich, was nicht? Richtig versichert im Alter!
Referat zum Thema von unserem Partner PVAG

(Bitte Anmeldungen an die BZG Westhessen senden)

Auch online möglich unter www.gdp.de/hessen -BZG Westhessen-Senioren

Hiermit melde ich mich verbindlich zum Tagesseminar der Bezirksgruppe Westhessen an

Name: _____ Vorname: _____
Straße: _____ PLZ, Ort: _____
Telefon: _____ e-mail: _____
Bezirksgruppe: _____

Rückfragen bei der Bezirksgruppe Westhessen, Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden
Peter Wittig, 0611-345-1081 , Fax 0611-345-1089 oder Schneefrau@t-online.de

AUS DEM GERICHTSSAAL

Wenn auch die belastenden Fakten bei Gericht oft eindeutig erscheinen, so bedeutet dies nicht gleichzeitig, dass sich der/die Angeklagte schon geschlagen geben. Da werden oft – meist erfolglos – Versuche unternommen, mit eigenwilligen Aussagen der drohenden Verurteilung zu entgehen, wie aus einigen Schilderungen des vergangenen Jahres zu ersehen ist.

KEINE GEBURTSHILFE

Der Angeklagte hatte schon viele Haftstrafen hinter sich, als er in einer Bad Homburger Drogerie erneut straffällig wurde. Bei der Tat erweckte er den Anschein, als suche er auf Knien im unteren Warenfach nach Verkaufsartikel. Doch der Mann „vergriff“ sich. Er nahm aus der abgestellten Tasche einer Kundin deren Geldbörse. Bei Gericht sagte er, dass er wegen eines Filmrisses keine Erinnerung mehr habe. Die Richterin nahm ihm dies nicht ab. Nun versuchte es der Verteidiger, als er vortrug, sein Mandant habe zuvor Beruhigungsmittel genommen, weshalb sein Verhalten falsch gedeutet worden sei. Half auch nichts. Nun folgte der letzte Versuch des Angeklagten, eine erneute Haftstrafe abzuwenden. „In sechs Monaten werde ich Vater, da muss ich bei der Geburt unbedingt dabei sein“, so die Forderung an das Gericht. Auch dies war vergebens. Der Mann bekam sieben Monate Haft. Hinzu kommt noch die derzeitige Freiheitsstrafe. Also keine Geburtshilfe, spätere Hilfe beim Windelnwechseln aber möglich.

DER WILDE WESTEN LIEGT GLEICH NEBEN AN

Über den kurzfristigen Stau in der Bad Homburger Kisseleffstraße hatte sich der Mercedesfahrer so geärgert, dass er den vermeintlichen Stauverursacher, einen Kleinlasterfahrer, mit der Schreckschusspistole bedrohte. Für das Mitführen der Waffe hatte der Mann eine sonderliche Erklärung: Er müsse sich schließlich vor Verbrechern schützen, denn manchmal habe er wichtige Unterlagen dabei. Die Waffe wurde eingezogen, dazu gab es für

den „Pistolero“ eine Zahlungsaufgabe von 1500 Euro.

WAS DU HEUTE KANNST BESORGEN,.....

Diese Geschichte sei abenteuerlich, die müsse man als Richterin beleidigend empfinden, erfuhr der junge Dieb vor Gericht. Er wurde im Lager des Lebensmittelmarktes, in dem er bis zu seinem Rauswurf gearbeitet hatte, nach Feierabend mit einer Kiste Whisky – Wert 326 Euro – erwischt, mit der er dem Ausgang zustrebte. Eine Diebstahlsabsicht bestritt der junge Mann bei Gericht. Gemäß seiner Einlassung wollte er den Whisky nur in seinem früheren Spind abstellen und am nächsten Tag abholen und bezahlen. Dafür gab es 80 gemeinnützige Arbeitsstunden.

MIT DEM NEUEN HÖRGERÄT WÄRE DAS NICHT PASSIERT

Die 90 Jahre alte Dame hatte am Steuer ihres Pkws einen anderen Wagen angefahren und einen Schaden von 1300 Euro angerichtet. Dennoch war sie weggefahren, ohne sich um die hinterlassene Delle zu kümmern. Bei Gericht trug der Anwalt, der auch ihr Sohn ist, vor, schuld habe das alte Hörgerät. Damit hätte seine Mutter den Anstoß nicht gehört. Aber nun, so versicherte er der Richterin, habe sich seine Mutter sofort ein neues Hörgerät gekauft. Dennoch für einen Freispruch reichte diese Darstellung nicht aus.

IM FALSCHEN FILM

Beim spätabendlichen Diebstahl von Kupfer und anderem Altmetall aus einem umzäunten Anwesen wurden die beiden Diebe von der Polizei erwischt. In der Verhandlung erzählte der Haupttäter, schuld habe eigentlich der von ihm angesehene Film. Darin habe der Kommissar gesagt, der Diebstahl von Altmetall sei sehr rentabel und die Diebe würden fast nie erwischt. Dieser Irrtum führte zu einer Geldstrafe von 2600 Euro.

EIN HEISSER EINFALL

Mutter und Tochter wurden nach einem Ladendiebstahl in Oberursel vom Detektiv gestellt. Erst gab es heftigen Streit, bei dem die 22-jährige Tochter handgreiflich gegen den Detektiv wurde. Dann lief die Tochter davon. Bei Gericht klärte die Mutter auf. Sie habe die Tochter nach Hause geschickt, weil ihr eingefallen sei, dass der Herd noch eingeschaltet sei. Geldstrafe für die Mutter, Freispruch für die Tochter im Jura-Studium, da das Gericht ihre Mittäterschaft für nicht ausreichend erwiesen ansah.

KÖNNEN DIESE AUGEN LÜGEN?

Der plötzlichen Gelegenheit konnte die Oberurseler Bankkundin nicht widerstehen. Eine vorherige Kundin hatte ihre Geldbörse liegen lassen. Die Oberurselerin steckte sie ein. Später nahm sie den Betrag von 110 Euro heraus, danach warf sie das erleichterte Portemonnaie in einen Briefkasten. Durch die installierte Bank-Kamera konnte die Tat geklärt werden. Bei Gericht bestritt die Angeklagte einen Tatvorsatz. Sie habe Augenprobleme, gab die Oberurselerin an und die Geldbörse habe der ihrigen so sehr geähnelt (vermutlich auch die Geldscheine). Das „entliehene“ Geld zahlte sie im Gericht zurück.

ALS STREITSCHLICHTER UNGEEIGNET

Das Friedrichsdorfer Ehepaar war nach einigem Alkoholkonsum im Lokal lautstark aneinander geraten. Daraufhin hatte sich ein anderer alkoholisierter Gast ungebeten in die verbale eheliche Auseinandersetzung eingemischt und den Ehestreit recht rustikal beendet. Er traktierte den Ehemann so sehr, dass er ihm den Arm brach und dem auf dem Boden liegenden Mann noch einige Fußtritte zufügte. Danach war das Opfer acht Wochen arbeitsunfähig. Vor Gericht zeigte der rabiate „Helfer“ wenig Einsicht. Er habe doch nur den Streit schlichten wollen, so seine Einlassung. Für die „Schlichtung“ gab es eine Geldstrafe von 1000 Euro. Teurer wird es

vermutlich im folgenden Zivilverfahren.

ROLLER - GESCHICHTEN

Der Oberurseler hatte einen nagelneuen Motorroller gestohlen. Einige Monate später ging er zur Polizei, um sich für die Fahrzeuganmeldung eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausstellen zu lassen. Die Tat flog auf, dennoch bestritt der Mann vor Gericht den Diebstahl. Er habe den Roller für 150 Euro auf dem Flohmarkt gekauft, behauptete er. Als ihm dies nicht geglaubt wurde, disponierte er um. „Der Roller stand auf der Straße, ich habe ihn für Sperrmüll gehalten“. „Ihre Geschichten sind habnebüchen“, sagte die Richterin und verhängte sechs Monate Haft auf Bewährung.

NACH DEM „GLÜCKSFUND“ GING ES IN DIE MOSCHEE

Ein stabiles Gerichtsgebäude ist sein Geld wert. Denn das, was die fünf jungen Männer mit türkischer Herkunft in der jetzigen Verhandlung der Bad Homburger Jugendrichterin aufsticht, hätte die sprichwörtlichen Balken nicht nur zum Biegen, sondern zum Bersten gebracht.

Die fünf Angeklagten im Alter zwischen 17 und 19 Jahren – vier aus Bad Homburg, einer aus Oberursel – waren am 2. April vorigen Jahres von der Polizei am Bad Homburger Güterbahnhof in einem gestohlenen Opel Corsa gestellt worden. Durch die lauten Geräusche der quietschenden Autoreifen hatten die jungen Männer auf sich aufmerksam gemacht. Wie die Polizeibeamten bei der durchgeführten Überprüfung feststellte, besaßen alle keinen Führerschein zur Fahrt mit dem Corsa. Aber noch schlimmer war die Tatsache, dass der Wagen einen Tag zuvor in Oberursel, Dornbachstraße, entwendet worden war. Nun saßen die „glorreichen Fünf“ auf der Anklagebank des Bad Homburger Gerichts. Und die Aussagen, die nun von den Angeklagten zu hören waren, brachten selbst ihre vielen Freunde auf den Zuschauerstühlen mehrmals zu lautem Gekicher, das die Richterin unterbinden musste.

DIE AUTOSCHLÜSSEL ZUERST IN OBERURSEL UND DANN IN BAD HOMBURG VERLOREN

Wie der Wagen am 1. April in Oberursel samt Fahrzeugschlüssel entwendet worden war, blieb in der Verhandlung unbekannt. Die Halterin räumte in ihrer Anzeige ein, dass sie den Wagenschlüssel möglicherweise in unmittelbarer Nähe des Corsa verloren hatte. Dem folgte dann die seltsame Geschichte der fünf Angeklagten. Vier Angeklagte behaupteten, sie hätten auf dem Weg zur Homburger Moschee den alleinstehenden Corsa am Güterbahnhof gesehen und in unmittelbarer Nähe des Wagens den dazugehörigen Zündschlüssel gefunden.



Eigentlich hätten sie nach dem Moscheenbesuch den Zündschlüssel bei der Polizei abgeben wollen. Doch dann hätten sie entschieden, vor der Schlüsselabgabe noch eine kleine Runde zu drehen. Das taten sie dann auch zu fünft recht geräuschvoll. Aber dann hatten sie Pech, denn, bevor sie den Zündschlüssel der Polizei hätten bringen können, sei diese schon vor Ort gewesen, um eine Kontrolle vorzunehmen. Unklar bei dieser Erzählung blieb, wie der fünfte Jugendliche, der an diesem Tag nicht zur Moschee wollte, zu den Vieren hinzugestoßen war. Eine weitere abweichende Schilderung gab es von dem damals 16 Jahre alten Bad Homburger Insasse. Der trug vor, dass man den Schlüssel erst nach dem Moscheenbesuch gefunden habe und sie anschließend in den Corsa eingestiegen seien. Trotz eindringlicher Befragung der Richterin konnte niemand der Angeklagten sagen, wer den Autoschlüssel ge-

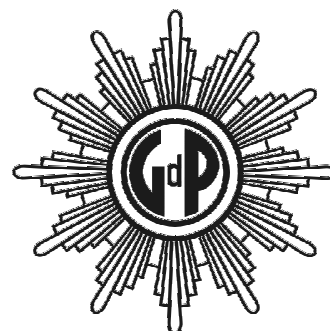
funden hatte. Unaufgeklärt blieb auch die Herkunft der CDs, die in dem Corsa lagen. Die Wageneigentümerin versicherte, dass es nicht die ihrigen seien. Die Angeklagten hingegen behaupteten, die CDs hätten schon im Wagen gelegen.

Zusammenfassend gesehen gab es mehrere unerklärliche Gegebenheiten. Demzufolge hatte wohl die Halterin den Autoschlüssel in Oberursel verloren. Der Schlüsselfinder fuhr danach mit dem Wagen nach Bad Homburg zum Güterbahnhof, wo er dann ebenfalls den Schlüssel verlor. Zuvor hatte er aber noch die unbekanntenen CDs in das Fahrzeug gelegt. Dann fand einer der fünf Angeklagten erneut den Schlüssel, um ihn nach einer kleinen Ehrenrunde bei der Polizei abzuliefern.

Bei Staatsanwältin und Richterin fand die sonderbare Geschichte verständlicherweise keinen Glauben. Dennoch war sie nicht zu widerlegen. Der Verfahrensausgang dürfte wohl nicht zur Tatabschreckung geführt haben, was man aus den freudigen „Abklatsch-Reaktionen“ der Angeklagten schließen kann. Wegen „unbefugtem Gebrauch eines Fahrzeuges“ endet das Verfahren für drei Angeklagte mit einer Ermahnung und Einstellung. Dazu gab es je nach Alter und Vorbelastung Auflagen von 15 beziehungsweise 30 gemeinnützigen Arbeitsstunden. Da der dritte Jugendliche in Arbeit steht und somit keine Zeit für gemeinnützige Arbeitsstunden hat, muss er 200 Euro zahlen.

Für die beiden restlichen Täter, die noch mehr kriminelle Vortaten auf ihrem Konto haben, gab es eine Verwarnung und jeweils 50 Arbeitsstunden.

Heinz Habermehl



Bekanntmachungen

25jähriges GdP Jubiläum

Noll, Werner
Tettenborn, Siegfried
(KG Limburg-Weilburg)
Wulf Baltruschat
(KG Main-Taunus)

40jähriges GdP Jubiläum

Eiser, Karl-Jürgen
Hastrich, Gerhard
(KG PAST Wiesbaden)
Hikade, Klaus
(KG Untertaunus)
Sittig, Rudolf
Witzenrath, Horst
(KG Wiesbaden)
Wiemann, Wolfgang
(KG Main-Taunus)

60jähriges GdP Jubiläum

Schuth, Horst
(KG Wiesbaden)

40. Geburtstag

Maaß, Anette
Wüst, Bernhard
(KG Limburg-Weilburg)
Schulz, Michael
Kustin, Thorsten
Knippelberg, Christof
(KG Main-Taunus)

50. Geburtstag

Schwirtlich, Michael
(KG PAST Wiesbaden)
Pfeiffer, Volker
Geisel, Klaus
(KG Limburg-Weilburg)
Siebert, Hartmut
(KG Untertaunus)
Jung, Hans-Eberhard
Zeiger, Sibylle
(KG Wiesbaden)
Heuschuch, Robert
(KG Bad Homburg)

60. Geburtstag

Dannewitz, Gregor
(KG PAST Wiesbaden)
Dutell, Hans-Georg
(KG Limburg-Weilburg)
Fürst, Edgar
(KG Wiesbaden)
Wiefett, Irmgard
(KG Bad Homburg)

75. Geburtstag

Kindinger, Philipp
(KG PAST Wiesbaden)



85. Geburtstag

Pult, Heinz
(KG Wiesbaden)

90. Geburtstag

Jennewein, Robert
(KG Wiesbaden)
Becker, Josef
(KG Main-Taunus)

Verstorben:

Kaus, Kurt
(KG PAST Wiesbaden)

Wichtiger

denn je –

GdP

Gewerkschaft darf über betriebliche E-Mail-Adresse werben.

Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hat ein für Gewerkschaften und Arbeitnehmern bedeutendes Urteil gefällt.

Danach dürfen Gewerkschaften Informationen und Werbung an die **betriebliche E-Mail-Adresse** von Arbeitnehmern verschicken, sofern sie für den Tariffbereich zuständig sind. Das gilt selbst dann, wenn die private Nutzung der E-Mail-Adresse

vom Arbeitgeber ausdrücklich verboten wurde.

Die Entscheidung einer Gewerkschaft, Arbeitnehmer per E-Mail anzusprechen, sei durch die im Grundgesetz garantierte Betätigungsfreiheit geschützt (Grundgesetz Artikel 9, Abs. 3, Satz 1).

Auch wenn das Eigentum des Arbeitgebers durch das Grundgesetz

ebenfalls geschützt sei, gehe im konkreten Fall die Betätigungsfreiheit vor, da die Nutzung durch die Gewerkschaft weder den Betriebsablauf nennenswert gestört noch zu Belastungen für das Unternehmen geführt hat. (Az.: 1 AZR 515/08).

dk



Die GdP Kreisgruppe Limburg-Weilburg lädt alle Doppelkopffreunde/innen zu unserem 7. Turnier herzlich ein.

Das Turnier findet am

Donnerstag, dem 28. April 2008, um 15.00 Uhr

in der Freiherr-vom-Stein Kaserne in Diez statt. Dort treffen wir uns im
Unteroffizierscasino.

Wir spielen nach Regeln des deutschen Doppelkopfverbandes. Die für dieses Turnier geltenden Regeln werden an den Tischen ausgelegt.
Die Startgebühr beträgt für jeden Mitspieler 7,50,- Euro.

- 1. Preis: 50,- Euro**
- 2. Preis: 30,- Euro**
- 3. Preis: 15,- Euro**

wir wünschen allen Teilnehmern ein "gutes Blatt" und freuen uns mit Euch auf einen geselligen Nachmittag.

Anmeldungen bitte persönlich, telefonisch oder über Intranet an:
Klaus Schmidt (PD Limburg) 06431/ 9140-421
Lothar Hölzgen (Pst Weilburg) 06471 / 9386-0